

KÖNIZ Grünes Licht für die Überbauung Hertensbrünnen in Schliern: Das Verwaltungsgericht hat die letzte Beschwerde abgewiesen. Seite 33

BERN

BRIENZER HOCHWASSER Vier Jahre nach den verheerenden Fluten entstehen am Brienzensee Schutzbauten für 50 Millionen Franken. Seite 36

«Wir wollen Bern neu gründen»

Neuer Verein will Kooperationen oder Fusionen zwischen der Stadt Bern und den Nachbargemeinden fördern

Der Raum Bern droht gegenüber dem Grossraum Zürich und dem Bassin Lémanique ins Hintertreffen zu geraten. Ein neuer Verein will dem entgegenwirken: In der engeren Agglomeration Bern sollen Gemeindefusionen «frühestens ab 2019» möglich werden.

BERNHARD OTT

Christian Cappis winkt ab: «Nein, nein. Unser Verein ist nicht auf Initiative der Stadt Bern entstanden», sagt der designierte Geschäftsführer von «Bern neu gründen» und einstige Geschäftsführer des Netzwerks Espace Mittelland. Bei den Vereinsgründern handle es sich vielmehr um Persönlichkeiten aus Stadt und Region Bern, die sich Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung des Grossraums Bern machten. Die politischen Grenzen in der Agglomeration Bern hätten nichts mehr zu tun mit dem Lebensraum der Menschen. Bern leide unter der Zersplitterung zwischen Zentrum und Agglomeration. Im Unterschied zu Luzern und Fribourg gebe es aber keine starke Bewegung für einen Zusammenschluss der Kerngemeinden. «Die Regionalkonferenz mit ihren hundert Gemeinden ist ein erster, kleiner Schritt», sagt Cappis. Die Gemeinde Lindlen bei Oberdiessbach habe aber andere Probleme als die Stadt Bern oder Ostermündigen. «Es braucht neue Denkansätze für die Stadt Bern und die 12 bis 15 Gemeinden der engeren Agglomeration.» Cappis macht sich über die Zeiträume aber keine Illusionen. «Konkrete Umsetzungen bis hin zu Fusionen sind im Raum Bern wohl kaum vor 2019 realistisch.»

Keine Hoffnung in die Politik

Der Verein «Bern neu gründen» will sich Ende August auf dem Gurten konstituieren. Das designierte Co-Präsidium besteht aus Grossrat Christoph Stalder (fdp) und der Wohlerer Gemeinderätin Rosmarie Kiener (sp plus) (siehe Kasten). «Wir sind kein politisches Gremium, sondern ein Think-Tank von Bürgerinnen und Bürgern», sagt Stalder. Von der Politik seien keine Initiativen für neue Zusammenarbeitsformen in der Kernregion Bern



Der Lebensraum hat mit den Gemeindegrenzen nichts zu tun: Blick vom Gurten auf Altstadt und Agglomeration.

VALÉRIE CHÉTELAT

zu erwarten, denn keine Institution schaffe sich selber ab. «Der Druck muss von der Bevölkerung kommen», zeigt sich Stalder überzeugt.

Die Kooperation in Verkehrs- und Siedlungsfragen in der Regionalkonferenz sei gut und recht, aber nicht genug. «In Bern muss das Zentrum gestärkt werden.» Mit engeren Kooperationen oder gar Fusionen könne Geld gespart werden, die Steuern würden mittel- bis längerfristig sinken. Vorteile gibt es laut Stalder auch in Sachen Mitbestimmung. «Von einem allfälligen autofreien Bahnhofplatz sind auch Berns Nachbargemeinden betroffen.» Die Bewohner dieser Gemeinden könnten aber nicht mitbestimmen, sagt Stalder.

Tschäppät findet Vereinsidee gut

Welche Formen der Zusammenarbeit sind in der engeren Agglomeration denkbar? Zu dieser Frage will «Bern neu gründen» eine Studie in Auftrag geben. «Die Strukturen in der Region Bern entsprechen in der Tat nicht mehr der Realität», sagt der Berner Stadtpräsident Alexan-

der Tschäppät (sp). Er habe Kenntnis von der Gründung des Vereins. Dieser sei jedoch keineswegs ein Vehikel der Stadt Bern zur Förderung von Fusionen. Die Mitgliedschaft von Gemeinderätin Regula Rytz (gb) in der Arbeitsgruppe «Bern neu gründen» sei nicht offizieller Natur. «Regula Rytz ist nicht vom Gemeinderat delegiert.»

WER STECKT DAHINTER?

Der Verein «Bern neu gründen» konstituiert sich Ende August auf dem Gurten. Zur Arbeitsgruppe gehören u. a.: Michael Aebersold (sp), Stadtrat Bern; Harald Henggi (fdp), Parlamentspräsident Künz; Rosmarie Kiener (sp plus), Vizegemeinderpräsidentin Wohler; Claude Longchamp, Politologin, Hinterkappelen; Professor Paul Messerli, Grafenried; Professor Hansruedi Müller, Bern; Marco Rupp, Gemeindeversammlungsleiter Ittigen; Regula Rytz (gb), Gemeinderätin Bern; Christoph Stalder (fdp), Grossrat Bern; Thomas Stauffer (fdp), Gemeindepräsident Kehrsatz. (bob)

Tschäppät begrüsst indes die Gründung des Vereins, auch wenn der Name nicht passend sei. «Bern muss man nicht gründen. Das wurde bereits 1191 getan», sagt Tschäppät. Die Idee des Vereins sei aber gut. «Der Ansatz von unten ist richtig. Fusionen von oben klappen nie.» Wenn Kehrsatz mit der Stadt Bern enger kooperieren wolle, so sei dies positiv, sagt Tschäppät unter Anspielung auf die Vereinsmitgliedschaft des Kehrsatzter Gemeindepäsidenten Thomas Stauffer (fdp). Es wäre der Sache aber wenig dienlich, wenn er als Berner Stadtpräsident auf die Nachbargemeinden zugehen würde.

Skepsis in Ostermündigen

Als erste «Fusionspartner» stehen für diverse Mitglieder der Arbeitsgruppe «Bern neu gründen» Ostermündigen und Köniz im Vordergrund. Die Präsidenten dieser Gemeinden klingen aber skeptisch. «Bern neu gründen» sei ein guter Name, da er die Möglichkeit einer neuen Identität des Raumes Bern andeute, sagt Christian Zahler (sp),

Gemeindepräsident von Ostermündigen. Er sei interessiert an einer engeren Zusammenarbeit in der Kernregion Bern. «Über Fusionen will ich aber nicht diskutieren.» Die Vereinsstatuten legten nahe, dass dieses Thema im Vordergrund stehe. «Fusionen dürfen nicht Selbstzweck sein», sagt Zahler. In Ostermündigen sei das kein Thema.

Offene Ohren in Köniz

«Der Grossraum Bern muss gestärkt werden», sagt der Könizer Gemeindepresident Luc Mentha (sp). Er sei kein Gegner von Fusionen, sofern der Service public effizienter werde. Der Verein stelle den Begriff der «Fusion» aber nicht in den Vordergrund. «Die Neugründung der Region Bern ist für mich ein anderes Thema als die Eingemeindung von Köniz», sagt Mentha. Er werde beim Verein vermutlich mitmachen, weil er sowohl den Wirtschaftsraum Bern stärken als auch Köniz Vorteile verschaffen wolle. Eine Fusion sei allenfalls dann ein Thema, wenn sie Köniz Vorteile bringen würden, sagt Mentha.

KOMMENTAR

Fusionen dürfen kein Tabu sein

BERNHARD OTT

Der Standortindikator der Credit Suisse brachte es diese Woche wieder an den Tag: Der Kanton Bern ist bezüglich Standortqualität ins letzte Drittel aller Schweizer Kantone abgerutscht. Hauptgrund für das schlechte Abschneiden ist die hohe Steuerbelastung. Die Region Bern dagegen liegt trotz ebenfalls hoher Steuerlast deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt. Die Stadt Bern hat mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Zehntausende Pendler aus anderen Gemeinden strömen täglich durch den Berner Bahnhof. Ob der Berner Bahnhofplatz autofrei sein wird, tangiert sie vermutlich mehr als der Bau der neuen Schulanlage in ihrem Dorf. Nur dürfen sie darüber nicht abstimmen.

Der Verein «Bern neu gründen» will den Wirtschaftsstandort fördern und die Mitbestimmung verstärken, auf dass Bern in künftigen Ratings besser abschneide. Die Gründung des Vereins ist die Konsequenz aus der uninspirierten Regionalpolitik des Regierungsrates, die den Bedürfnissen der Hauptstadtregion als Wirtschaftsmotor des Kantons nicht gerecht wird. Der Verein richtet seinen Fokus auf 12 bis 15 Gemeinden im engeren Raum Bern – dies entspricht in etwa dem ursprünglichen Perimeter des Vereins Region Bern (VRB), der 2010 zugunsten der Regionalkonferenz aufgelöst wird. Der Perimeter der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ist aber viel zu gross. Wenn der Kanton allen Gemeinden etwas bringen wollte, so hat er der Stadt Bern und ihren Nachbarn nicht das Richtige gebracht.

Bewegungen von unten führen in der Regel zu nachhaltigeren Ergebnissen als Strukturen von oben. Ob der Verein «Bern neu gründen» ein Politiker- und Professorenklub bleibt oder eine Debatte an der Basis auslöst, wird sich zeigen. Das Dilemma dabei wird in der Haltung des Könizer Gemeindepäsidenten Luc Mentha (sp) deutlich: Mentha macht beim Verein mit, wenn er den Wirtschaftsraum Bern fördern und seiner Gemeinde Vorteile verschaffen kann. Irgendwann wird diese Rechnung aber nicht mehr aufgehen. Wer den Wirtschaftsraum Bern fördern will, wird um eine Debatte über Fusionen zwischen der Stadt Bern und Nachbargemeinden nicht herumkommen.

Regierung will Berner Jura behalten

Erstmals spricht die Kantonsregierung Klartext zur Zukunft des Berner Juras – eine Fusion mit dem Kanton Jura lehnt sie dezidiert ab

Der Kanton Jura will das Volk über die Zukunft der Region abstimmen lassen. Im Kanton Bern ist man deutlich zurückhaltender: Zunächst soll nun der Puls der Bevölkerung gefühlt werden. Erst dann wird allenfalls eine Volksabstimmung ins Auge gefasst.

RETO WISSMANN

Nach einem klaren Votum zur Zukunft der interjurassischen Region fragte man den Regierungsrat bisher vergeblich. Obschon der Nachbarkanton offensiv eine «Wiedervereinigung» des Berner Juras mit dem Kanton Jura forderte, liessen sich die Berner zu keiner Stellungnahme hinreissen. Gestern nun fiel die Zurückhaltung: «Der Regierungsrat des Kantons Bern ist ganz

klar der Auffassung, dass der Verbleib des Berner Juras im Kanton Bern die beste aller Lösungen ist», schreibt er in seiner Erklärung zum Bericht der Interjurassischen Versammlung (IJV). Diese hatte Anfang Mai eine Studie über die Zukunft der drei französischsprachigen Berner Amtsbezirke und des Kantons Jura präsentiert. Ohne eine formelle Empfehlung abzugeben, betonte die IJV die Vorteile eines neuen Kantons mit vereinfachten Strukturen. Als Alternative legte sie auch die Variante «Status quo +» mit einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit aber ohne Veränderung der Kantonsgrenzen dar. Ein Verbleiben bei der heutigen Situation schliesst die IJV explizit aus.

Zusammenarbeit ausbauen

Der Regierungsrat des Kantons Bern bevorzugt nun klar die Variante «Status quo +»: «Der Verbleib des

Berner Juras im Kanton Bern ist im Interesse der Region, des Kantons und der ganzen Schweiz», schreibt er im gestern veröffentlichten Bericht. Einbezogen habe er bei sei-

nem Entscheid die Meinungen des Bernjurassischen Rats sowie des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel. Der Regierungs-

rats anerkennt aber auch, dass die Zusammenarbeit innerhalb des Jurabogens ausgebaut werden muss.

In einem Punkt ist sich der Regierungsrat des Kantons Bern mit jenem des Kantons Jura einig: Die Interjurassische Versammlung soll den Auftrag erhalten, «interaktive Informationsveranstaltungen» für die Bevölkerung zu organisieren. Die Berner legen dabei Wert auf eine vollständige und «absolut objektive» Information. Insbesondere müsse die Situation des Amtsbezirks Biel gewürdigt und die finanziellen Aspekte «nuancierter» dargelegt werden. So müsse zum Beispiel festgestellt werden, dass der Kanton Jura von einer Fusion finanziell weit mehr profitieren würde als der Berner Jura. Zudem ergebe sich ein grosser Teil des Sparpotenzials aus der vorgesehenen drastischen Reduktion der Anzahl Gemeinden im neuen Kanton. «Das kann aber

auch ohne Gründung eines neuen Kantons erreicht werden», gibt die Berner Regierung zu bedenken.

Weiteres Juraplebissitz?

Ob zur Zukunft der Region erneut das Volk befragt werden soll, darüber lässt sich die Regierung noch nicht aus. Sie will zunächst an den Informationsveranstaltungen erfahren, «ob in der Region tatsächlich Erwartungen für eine Volksabstimmung bestehen». Die Regierung wolle «auf keinen Fall ein Abstimmungsverfahren gegen den Willen der Region einleiten». Bevor es allenfalls zu einem neuen Juraplebissitz kommen kann, müsste so wieso zuerst die Verfassung des Kantons Bern geändert werden, was ebenfalls eine Volksabstimmung bedingen würde.

Im September diskutiert der Grosse Rat die Stellungnahme des Kantons Bern zur Jurafrage.

Applaus von der SVP

Die SVP des Kantons Bern begrüsst die Haltung des Regierungsrats zur Jurafrage. Nur mit einem Verbleib des Berner Juras bei Bern könne der Kanton weiter seine «wichtige Brückenfunktion» wahrnehmen, schreibt die Partei in einer Stellungnahme.

Anders als die Regierung will die SVP eine erneute Volksbefragung aber im Vorhinein ausschliessen: «Die demokratisch gefällten, eindeutigen Entscheidungen haben nach wie vor Gültigkeit

und dürfen nicht missachtet werden.» Bei den Juraplebissitzten der Siebzigerjahre hätten sich die drei südlichen bernjurassischen Bezirke «überdeutlich» für einen Verbleib beim Kanton Bern ausgesprochen. Die SVP meint zu wissen: «Die Bevölkerung wünscht nach wie vor keine Veränderung.»

Die anderen bernischen Parteien haben gestern die klaren Worte des Regierungsrats nicht kommentiert. (rw)